

PORTRÄT

Aus dem Untergrund ins Präsidentenamt

Von Agnes Tandler

■ Noch vor zweieinhalb Jahren stand er auf der Fahndungsliste von Interpol, nun könnte er der nächste Präsident von Nepal werden: Ex-Guerillaführer Prachanda, der mit bürgerlichem Namen Pushpa Kamal Dahal heißt, hat im Himalayastaat mit seiner maoistischen Partei einen klaren Wahlsieg errungen.

Der frühere Rebellen-Chef war Lehrer, bevor er seinen Weg in die Politik fand. Einen Großteil seines Erwachsenen-Lebens hat Prachanda im Untergrund verbracht. Seine Landsleute wussten bis vor einem Jahr herzlich wenig über den 53-Jährigen. In Nepal kursierten nur ein paar alte Fotografien von ihm. Sein Vater erklärte, auch er habe seinen Sohn seit Jahren nicht mehr gesehen.

Mit seiner Rebellenbewegung führte Prachanda einen zehnjährigen Bürgerkrieg gegen die Regierung, bei dem etwa 13.000 Menschen ums Leben kamen. Inspiriert vom „Leuchtenden Pfad“ in Peru kämpften die Maoisten in Nepal gegen das jahrhundertalte Königshaus und das noch ältere Kastenwesen, das besonders die arme, ländliche Bevölkerung auf dem Dach der Welt diskriminiert. Am Ende des Bürgerkrieges hatten die Rebellen große Teile des Landes unter ihrer Kontrolle.

Versöhnliche Signale

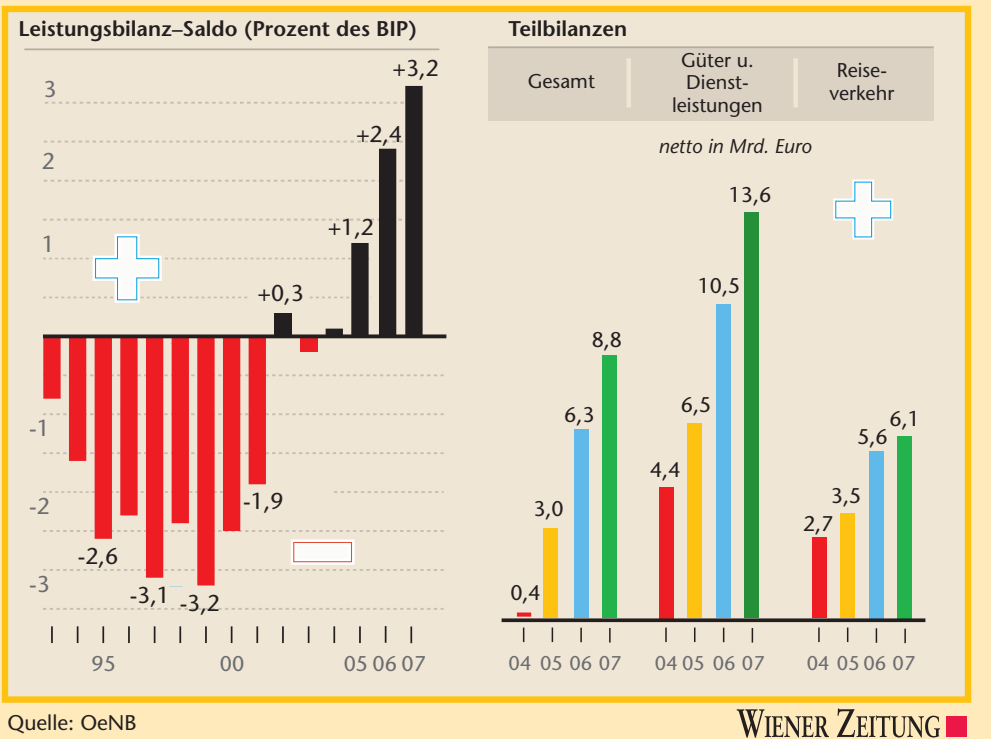
Im November 2006 unterzeichnete Prachanda ein Friedensabkommen mit der Regierung. Die Maoisten beteiligten sich an einer Übergangsregierung, die das Land bis zu den Wahlen im April führte. Seit der charismatische Rebellenführer den Schritt vom bewaffneten Kampf in die Parteipolitik gemacht hat, gibt er sich meist staatsmännisch. Artig versicherte er bei seinem ersten BBC-Interview 2006 die demokratische Ausrichtung seiner Partei.

Überhaupt wirkt er mit seinen eckigen Brillen und seinem Schnauzbart eher wie ein netter Lehrer als ein entschlossener Ex-Guerillakämpfer. Hatte Prachanda während des Wahlkampfes noch aggressive Töne angeschlagen, so sendet er nach der Wahl versöhnliche Signale aus. ■ Seite 8



Klarer Sieger: Maoistenchef Prachanda. Foto: ap

Österreichs Zahlungsbilanz im Aufwind



Quelle: OeNB

WIENER ZEITUNG

Rochaden bei der Bahn werfen ein bezeichnendes Licht auf den Proporz

■ Beim nicht gerade geräuschlosen Abgang von Bahn-Chef Martin Huber (48) im Gefolge von Spekulationsverlusten und einem unklaren Immo-Deal kann man wieder einmal studieren, wie der Proporz in Österreich funktioniert. Wo bei einem gleich vorweggenommen sei: Er funktioniert nicht transparent.

Nicht nur das Faktum, dass die Parteien versuchen, das Land unter sich aufzuteilen, stört viele Bürger, sondern auch der Umgang der Parteien mit dem Proporz.

Bei den Schweizer Nachbarn hat man hingegen einen viel transparenteren Umgang mit Proporzbesetzungen gefunden. Denn dort kommt jede Partei zum

Zug, während hierzulande die Regierungsparteien meist die Opposition von den Postenbesetzungen ausschließen.

Wie das Amen im Gebet hört man in Österreich bei jeder Postenbesetzung im

WIENER ZEITUNG
ANALYSE
Von Franz Steinbauer

staatlichen und halbstaatlichen Bereich, dass Postenschacher zwischen den Parteien im Spiel gewesen wäre. Das wirklich Auffällige ist nur, dass sich immer jene lautstark über die politischen Ein- und Umfärbungen beschweren, die gerade nicht drangekommen sind. Jene Parteien hinge-

gen, die ihre Kandidaten erfolgreich in die jeweiligen Chefetagen – sei es bei der Asfinag, sei es bei den Österreichischen Bundesbahnen – hieven, loben stets die besondere Objektivität der Auswahlverfahren.

Erst kürzlich sagte Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) in einem ORF-Hörfunkinterview, dass er die Umbesetzung der Asfinag im vergangenen Jahr und die jetzigen ÖBB-Rochaden nicht als Umfärbung sehe. Keiner der Manager sei wegen der Parteinähe etwas geworden, so der Verkehrsminister. Vollständig glauben das Faymann nur wenige.

Der heimischen Bahn selbst hätte es dringend nötig, dass sie bald in ein ru-

Zum vierten Mal in Folge war Österreichs Leistungsbilanz im Vorjahr positiv – und der positive Saldo konnte auch erneut gesteigert werden. Mit 8,8 Milliarden Euro wurde 2007 ein Rekordüberschuss erzielt. Entscheidend für die Steigerung war der Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Trotz Euro-Aufwertung zeigte die traditionell negative Güterbilanz nämlich einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro. Der Tourismus, ein verlässlicher Devisenbringer, litt zunächst unter schwacher Schneelage im Frühjahr, die Sommersaison und der Winterauftakt 2007/08 liefen dafür umso besser und sorgten für einen Tourismus-Rekordüberschuss von mehr als 6 Milliarden Euro.

higeres Gleis steuert, wo es nicht um das Parteibuch einzelner Manager geht, sondern um die tatsächliche Arbeit. Peter Klugar (59), der als Favorit für die Nachfolge des scheidenden Bahn-Chefs gehandelt wird, könnte mit ein bisschen Glück der richtige Mann am richtigen Ort sein. Der besonnen auftretende Steirer gilt zumindest ein ausgewiesener Eisenbahnfachmann.

Und bis sich auch in Österreich – wie in der Schweiz – die Erkenntnis durchsetzt, dass Parteinähe nichts Schlechtes sein muss, kann Klugar hoffentlich mit guter Sacharbeit überzeugen. ■ Seite 25

analyse@wienerzeitung.at

PRESSESTIMMEN

■ Meinungen

„Dem ehemaligen Bischof ist es mit seinem Mitte-Links-Bündnis gelungen, die in Paraguay seit 61 Jahren währende Hegemonialstellung der ‚Colorado‘-Partei zu brechen. Damit hat der 56-Jährige das älteste Machtmonopol von ganz Lateinamerika gebrochen. Vielleicht bedeutet das, dass Paraguay nun wirklich demokratisiert wird.“

„Diario Sur“ (Málaga) zum Wahlsieg von Fernando Lugo

„Noch vor einem Jahr schien dies ein unerfüllbarer Traum zu sein. Obwohl mit dem Sturz von Diktator Alfredo Stroessner im Jahr 1989 eine gewisse Demokratisierung eingeleitet wurde. Für die Niederlage der Regierungspartei gibt es mehrere Erklärungen.

Ein Grund ist das hohe Maß an Korruption und Armut. Lugo selbst kommt aus einer der ärmsten Diözesen des Landes. Sein Engagement hat ihm die Sympathien vieler Menschen eingebracht, und darum hat er es geschafft, ein breites Bündnis zu schmieden.“

„El Tiempo“ (Bogotá) zum selben Thema

„Es ist zu beobachten, dass Milliarden Menschen nicht genügend zu essen haben, zugleich aber viele an Fettleibigkeit leiden. Im Zuge der Globalisierung nimmt auch der Monopolisierungsgrad dramatisch zu. Die Macht der multinationalen Konzerne ist größer als die eines jeden Herrschers in der Menschheitsgeschichte. Dies alles zeigt, dass Hunger kein Schicksal ist. Die Verantwortung für jeden Hungernden hat die Weltwirtschaftsordnung.“

„Guangming Ribao“ (Peking) zum Thema Lebensmittelpreise

Die Kritiker des österreichischen Bundesstaates sind zwar in gewissen Dingen im Recht – schlecht ist aber unser System, nicht die Idee als solche.

Der österreichische Föderalismus genießt eine besondere Stellung, wird doch bereits im zweiten Artikel der Bundesverfassung darauf verwiesen. Ebenso wäre bei einer Änderung des bundesstaatlichen Charakters eine Volksabstimmung notwendig, da es sich dabei um eine „Gesamtänderung“ der Verfassung handeln würde.

Andererseits gibt es kaum eine politische Debatte, in der nicht auf die großen Nachteile der Zergliederung Österreichs, auf den Kompetenz-Dschungel und auf die große Ineffizienz des Föderalismus hingewiesen wird. Egal, ob Gesundheitsreform oder Bildungsdebatte, irgendwann gelangt die Auseinandersetzung immer

■ Tribüne

Von Patrick Minar

Föderalismus?
Ja bitte, aber richtig!

an den Punkt, wo zentral geplante Vernunft an althergebrachten Landesgrenzen zu scheitern scheint. Modern und pragmatisch denkende Zentralisten gegen sture Landesfürsten heißt offenbar das Match der Stunde.

Wie so oft liegt der Teufel im Detail. Zum einen ist es ein Totschlag-Argument zu sagen, für ein Land wie Österreich seien neun Bundesländer einfach zu viel. Mit derselben Logik könnte ein Franzose sagen, ein Land von der Größe Österreichs sei irgendwie sinnlos. Zweitens ist klar, dass politische Entscheidungen immer dann besser sind, je näher die Entscheidenden an jenen dran sind, die mit diesen Entscheidungen leben müssen. Diese subsidiäre Sichtweise steht zwar in vielen EU-Dokumenten und politischen Programmen, wird

jedoch nur höchst selten angewandt.

Die Kritiker der derzeitigen Föderalismusrealität haben in gewissen Dingen natürlich recht. Zu kritisieren ist jedoch die konkrete Ausformung unseres Bundesstaates, nicht das Konzept des Föderalismus insgesamt. Unser System ermöglicht es, dass Landespolitiker nur für die positiven Dinge zuständig sind, wie Subventionen verteilen, Straßen bauen oder Lehrposten vergeben, der Bund jedoch für den gesamten unangenehmen Rest, wie Steuern einheben oder die Lehrer bezahlen, die das Land einstellt. Dieser Föderalismus Marke Österreich ist weder Fisch noch Fleisch. Teuer, langsam und reformresistent sind tatsächlich die derzeit typischen Wesensmerkmale unserer bundes-

staatlichen Struktur.

Die Antwort darauf in zentral geplanten und bundeseinheitlich festgeschriebenen Lösungen zu suchen ist jedoch der falsche Weg. Was ist so schlecht an neun verschiedenen Bauordnungen? Oder was wäre so schlecht an neun verschiedenen Schulwesen? Gerade in einem kleinen Land wie Österreich könnte ein tatsächlicher Föderalismus ein gewaltiges Schwungrad für mehr Innovation, mutige Entscheidungen und Bürgernähe sein, da es relativ einfach ist, den Wohnort zu wechseln. Der größte Profiteur eines scharfen Wettbewerbs zwischen den Bundesländern, samt Steuerwettbewerb, wäre der Bürger. Denn kleine staatliche Einheiten wären gezwungenermaßen freie Volkswirtschaften mit großem Druck



Der Autor ist Public Affairs-Berater und betreibt auch den liberalen Weblog www.ichbinsofrei.at.

zu bürgerfreundlichen Verwaltungsstrukturen. Historische Vorbilder dafür gibt es genug: Dass der Beginn kapitalistischer Wohlstandsvermehrung unter einer extremen politischen Dezentralisierung in den norditalienischen Stadtstaaten, den sezessionistischen Niederlanden und im Süden Deutschlands stattfand, war ebenso wenig Zufall wie der kulturelle und ökonomische Aufschwung Deutschlands im 19. Jahrhundert vor der Reichseinigung. ■

Alle früheren Beiträge dieser Rubrik unter:
www.wienerzeitung.at/tribune

tribune@wienerzeitung.at